

Jugend & Familie

Ausgabe Juli 2021 / Nr. 6

Arbeitsgruppe «Jugend und Familie», Postfach 4053, 8021 Zürich



Nur die Ehe von Mann und Frau entspricht der natürlichen Schöpfungsordnung.

Die Ehe ist ein Geschenk!

Wir lehnen die «Ehe für alle» ab. Dabei geht es uns einerseits um den Schutz der natürlichen Ehe, auf der unsere Kultur, Gesellschaft und Staat aufbauen. Andererseits geht es um das Recht der Kinder, wenn immer möglich mit Vater und Mutter aufzuwachsen.

Mit der von Bundesrat und Parlament beschlossenen «Ehe für alle» soll die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare geöffnet werden. Dies ist aus einer Reihe von Gründen abzulehnen:

• Verfassungsbruch

Die Ehe zwischen Mann und Frau ist in der Bundesverfassung garantiert (Art. 14 BV). Sowohl in der Rechtsprechung als auch in der Lehre ist dies unbestritten. Und auch der Bundesrat hat dies anerkannt. Wollte man eine «Ehe für alle» einführen, so müsste die Verfassung geändert werden – und zwar mit einem obligatorischen Referendum mit Ständemehr.

Das Vorgehen des Parlaments ist nichts anderes als ein Aushebeln der Verfassung. Die «Ehe für alle» soll an der Verfassung vorbei ins Zivilgesetzbuch geschmuggelt werden. Zweck ist dabei, ein für Verfassungsänderungen nötiges Ständemehr zu vermeiden.

• Unverhältnismässig

Das Problem wird völlig übertrieben. Für gleichgeschlechtliche Paare wurde das Partnerschaftsgesetz geschaffen, das am 1. Januar 2007 in Kraft trat. Seit dem 1. Januar 2013 können eingetragene Partner – wie Ehepartner – einen gemeinsamen Familiennamen tragen.

Und seit 1. Januar 2018 können sie zudem auch leibliche Kinder des Partners adoptieren (Stiefkindadoption). Es besteht deshalb kein wirkliches Bedürfnis, die Ehe auf gleichgeschlechtliche Paare zu erweitern.

Hinzu kommen die reinen Zahlen: Weit über eine halbe Million Menschen leben in der Schweiz in einer Ehe. Demgegenüber wurden 2020 lediglich 645 eingetragene Partnerschaften begründet. Die Schaffung von Spezialgesetzen für jede kleine Sondergruppe ist Verhältnissblödsinn. Was kommt als nächstes? Die Trans-Ehe? Die Polygamie? Die Geschwisterehe? Die Ehe zwischen Vater und Tochter?

• Es geht um mehr als um die Liebe

Oft wird das Argument vorgebracht: «Es zählt ja nur die Liebe. Auch gleichgeschlechtliche Paare lieben sich.» Dies ist leider nicht ganz vollständig. Liebe, gegenseitige Achtung und Geborgenheit sind zwar die Grundbausteine einer Ehe. Aber die Institution «Ehe» entfaltet Wirkungen, die hierüber weit hinausgehen.

Die Ehe als Lebensgemeinschaft von Mann und Frau – und nur in dieser Zusammensetzung! – geniesst mit der sog. «Institutsgarantie» den besonderen

NEIN zur «Ehe für alle»!

Liebe Leserin,
lieber Leser,

Am 12. April 2021 haben wir mit 61'027 gültigen Unterschriften das Referendum gegen die «Ehe für alle» eingereicht. Bereits am 26. September findet nun die Abstimmung statt.



Die Zeit ist kurz und wir sind dringend auf Ihre Unterstützung angewiesen. Bitte engagieren Sie sich persönlich. Sie können hierfür den diesem Rundbrief beigelegten Talon ausfüllen. Damit haben Sie die Möglichkeit, sich konkret im Abstimmungskampf zu engagieren.

Zudem benötigen wir auch Ihr finanzielles Mittragen. Diesem Rundbrief liegt ein spezieller Einzahlungsschein für unseren Referendumsfonds gegen die «Ehe für alle» bei. Vielen Dank für jede Gabe.

Schliesslich bitte ich Sie um Ihr Gebet. Bereits die Unterschriftensammlung hat gezeigt: Der Kampf für die von Gott gewollte, natürliche Familie mit Mutter und Vater wird nicht leicht sein. Der Zeitgeist – vor allem in den Medien – ist gegen uns. Wir benötigen deshalb Ihre Unterstützung auch im Gebet.

In herzlicher Verbundenheit

Käthi Kaufmann-Eggler
Präsidentin

Schutz der Bundesverfassung (Art. 14). Sie ist Ausdruck der natürlichen Schöpfungsordnung. Ehe und Familie sind der Ort, wo Leben auf natürliche Weise weitergegeben wird, wo Kinder aufwachsen und zu wertvollen Mitgliedern unserer Gesellschaft sozialisiert werden. Die eheliche «Institutsgarantie» dient deshalb primär dem Schutz der Kinder.

Fortsetzung auf Seite 2

Die «Ehe für alle» kommt einem gesellschaftspolitischen Dammbbruch gleich, der die historisch gewachsene und bis anhin von Bundesgericht und Bundesrat getragene Ehe-Definition über Bord wirft. Dadurch stehen zentrale Eckpfeiler der gesellschaftlichen Stabilität auf dem Spiel.

Die Ehe ist und bleibt die natürliche Lebensgemeinschaft von Mann und Frau. Nur aus dieser Verbindung entstehen natürlicherweise Kinder, welche die Zukunft der Gesellschaft sichern. Es liegt deshalb im ureigenen Interesse des Staates, die traditionelle Ehe zu schützen.

• **Kindswohl missachtet**

Die vorgesehene ZGB-Änderung schafft keine Ehe für «alle», sondern primär eine Ehe für lesbische Paare. Neu sollen nämlich Lesbenpaare Zugang zur Samenspende und zur künstlichen Befruchtung erhalten. Dies ist unnatürlich: Die Natur sieht nicht vor, dass Lesben-

paare voneinander Kinder bekommen. Eine natürliche Fortpflanzung gibt es nur zwischen Mann und Frau.

Vor allem aber verliert das Kind weitgehend sein verfassungsmässige Recht auf Kenntnis des biologischen Vaters (Art.119 Abs.2 lit.g BV). Die Vaterchaftsvermutung wird einfach durch eine zweite Mutter («originäre Entstehung eines Kindesverhältnisses zur nicht gebärenden Ehefrau») ersetzt, obwohl dies biologisch gar nicht möglich ist. Ein Korrektiv in Form einer Anfechtungsklage ist nicht mehr zulässig. Nicht nur der Bundesrat, sondern auch die schweizerische Richtervereinigung und der Verband der Zivilstandsbeamte waren aus diesem Grund gegen Gesetzesänderung.

Jedes Kind hat einen natürlichen Anspruch auf *nur einen Vater* und *nur eine Mutter*, statt zwei Väter und keine Mutter oder zwei Mütter und keinen Vater. Vater und Mutter haben von frühester Kindheit an unterschiedliche Beziehun-

gen zum Kind und erfüllen verschiedene Rollen. Nur so werden die Anforderungen des Kindswohls erfüllt.

• **Was folgt als nächstes?**

Schliesslich dürften bald die nächsten Forderungen kommen. Die Grünliberalen haben am 17. März bereits eine Parlamentarische Initiative «Die Eizellenspende endlich auch in der Schweiz zulassen» deponiert. Homosexuellen Männern bleibt vorerst die Erfüllung des Kinderwunsches verwehrt. Sie dürften deshalb umgehend eine Gleichstellung mit den Lesbenpaaren fordern. Konkret heisst dies Zulassung der Leihmutterchaft und damit die kommerzielle Nutzung des Körpers der Frau als «Gebärmachine». Und schliesslich wird auch Alleinstehenden die Erfüllung des Kinderwunsches kaum verwehrt bleiben dürfen, wenn dies schon Lesben und Schwulen gewährt wird. NEIN zu dieser Salamtaktik. NEIN zur «Ehe für alle»!

Celsa Brunner



Viele Mütter entscheiden sich ganz bewusst, ausschliesslich für die Familie und die Kinder da zu sein. Sie benötigen keine feministische Bevormundung.

«Alliance F» auf Abwegen

Der Frauendachverband «Alliance F» mutiert immer mehr zur sektiererischen Organisation militanter Feministinnen. Die wirklichen Anliegen der Frauen und Mütter werden dabei kaum mehr vertreten.

Am 1. August soll das Rütli, die Wiege der Eidgenossenschaft, lila leuchten. Die Schweizerische Gemeinnützige Gesellschaft überlässt die Wiese am Nationalfeiertag dem Frauendachverband Alliance F, der dort das Jubiläum zum Frauenstimmrecht feiern will. Wie die weibliche Bundesfeier ablaufen soll, ist noch nicht im Detail bekannt. Festbänke, Bier und Bratwurst gibt es aber auf jeden Fall keine, dafür soll es «spielerisch» und «interaktiv» zugehen.

Teilnehmen sollen auch die Bundesrätinnen Viola Amherd und Simonetta Sommaruga, die bereits am Frauenstreik vor zwei Jahren medienwirksam ihre Solidarität bekundeten. Männer sind beim Anlass unerwünscht. «Am 1. August 2021 wird die Wiege der Schweiz zum ersten Mal komplett in Frauenhand sein», tönt es kämpferisch im Programm.

Es mag eine schöne Geste sein, das Frauenstimmrecht zu feiern. Doch das

«Frauenrütli» will mehr – nämlich einen «Aufbruch für den weiteren Wandel in unserer Gesellschaft». So sieht es jedenfalls die weibliche Elite von Alliance F, die vom normalen Leben meilenweit abgehoben ist.

Militante Insiderinnen

Alliance F ging 1999 aus dem Bund Schweizerischer Frauenorganisationen hervor. Die Organisation bezeichnet sich zwar selbstbewusst als «Stimme der Frauen in der Schweizer Politik», entpuppt sich aber als Klub militanter Feministinnen. Unter dem Co-Präsidium der Grünliberalen Kathrin Bertschy (Initiantin der «Ehe für alle») und der Grünen Maya Graf hat der Verband einen krassen Linksdrall. Er vertritt «die» Frauen ebenso wenig, wie die Klimajugend «die» Jungen vertritt.

Dies dürfte auch bei der «Frauensession» zutage treten, die im Oktober von Alliance F mitorganisiert wird. 200 Frauen sollen im Nationalratssaal in die Rolle von Politikerinnen schlüpfen, über Gleichstellung diskutieren und dem Bundesrat Forderungen übergeben. Wenig überraschend handelt es sich bei den vorgesehenen Teilnehmerinnen meist um Insiderinnen aus dem linken Lager, die von ihresgleichen ausgewählt wurden. So gehören beispielsweise sieben der zehn erkorenen Tessinerinnen zur SP, Juso oder sind Gewerkschafterinnen.

Freche Anmassung

Selbstverständlich ist es feministischen Kreisen unbenommen, sich für ihre An-

Fortsetzung auf Seite 4

Vielleicht kann jemand helfen?

- **Mädchen mit Trisomie 21 / Mutter sucht Hilfe:** Die gläubige Mutter U. wohnt mit ihren drei Kindern in Winterthur. Manchmal ist sie mit ihren Kräften ziemlich am Ende. Sie schreibt uns: *«Vielleicht kennen Sie jemanden, z.B. eine liebe Frau, die gerne mit der Betreuung meiner Tochter mit Trisomie 21 für zweimal vier Stunden pro Woche etwas verdienen möchte?»* Danke ganz herzlich für eine Erhöhung dieses Hilferufes und eine entsprechende Nachricht an uns. Und ausserdem ist Mama U. auf der Suche nach einem günstigen kleinen Auto, das den Transport zu Schulen, Ärzten und Therapien so sehr erleichtern würde ...
- **Sommereinsatz im Emmental:** Die Emmentaler Bauernfamilie W. hat vier Kinder. Sie sucht diesen Sommer für eine Woche eine unkomplizierte Unterstützung im Haushalt und bei der Kinderbetreuung. Vielleicht fühlt sich jemand angesprochen? Besonders junge Leute, die einen solchen Einsatz leisten möchten, wären willkommen.
- **Gesucht: Ersatzgrosseltern.** Zwei junge Familien in Bachenbülach und in der Nähe von Winterthur suchen Unterstützung. Mama A. schreibt uns: *«Wir sind eine Familie mit vier Kindern zwischen 6 Monaten und 6 Jahren und würden uns über Ersatzgrosseltern sehr freuen.»* Die Grosseltern leben in Deutschland.
- **Näherinnen/ Flickerinnen:** Eine Mutter und Bäuerin aus Appenzell schreibt uns: *«Vor längerer Zeit wurde uns durch Euch Frau E. von A. vermittelt. Seit damals übernimmt sie die Flickarbeiten unserer ganzen Familie (4 Kinder, davon 3 Jungs). Regelmässig darf ich ihr ein grosses Paket senden und alles kommt perfekt geflickt innert kürzester Zeit retour. Ich bin Frau von A. so dankbar für ihre grosse Arbeit. Ich bin richtig erleichtert wenn es wieder erledigt ist. Sie macht auch Spezialfälle wie Skianzüge, Handschuhe etc. Einfach super.»* Haben wir Sie als handarbeitlich begabte Leserin angesprochen? Auch andere kinderreiche Familien wären sehr dankbar für eine solche Unterstützung (kleine Bezahlung möglich).

**Hinweise bitte an kaufmanns@livenet.ch
oder Telefon 031 351 90 76. Vielen Dank!**



Bilder oben: Die Glarner Familie W., die dank einem Gönner mit ihren vier Töchtern ins Verkehrshaus Luzern durfte.



Bild oben: Die übergläubliche Missionars-Familie mit sieben Kindern, die einen Familienbus (fast) geschenkt bekam.

Bild rechts: Die vierfache Mutter B.L. dankt für das geschenkte E-Bike, das den täglichen Grosseinsatz wesentlich erleichtert. Zum Beispiel hier beim Zeitungsvertragen.

Vielen, vielen Dank!

Eine Familie (Bild rechts) schreibt uns:

Liebe Frau Kaufmann,
Wir haben ein sehr schweres Jahr hinter uns. Hoffentlich geht es jetzt wieder ein Stück bergauf. Immer zuversichtlich bleiben. Mein Mann hat die Stelle nun sicher bis September, und wir sind jetzt schon am Arbeitsstellen suchen für die folgende Zeit, hoffentlich etwas Langfristiges. Die Rechnungen, welche wir in Raten abzahlen mussten, sind irgendwann auch geschafft. Die Lohnreduktion in der Zeit beim Arbeitsamt durch die Corona-Kündigung, hat uns sehr den Boden unter den Füissen weggezogen. Bei uns arbeitet mein Mann und ich schaue zu den 4 Kindern, ich liebe es Mama zu sein. Das heisst aber auch, dass wir glücklich sind mit wenig und nur immer gerade so viel hatten, wie wir für den Monat benötigten. Das fehlte natürlich in dieser Zeit und trotzdem musste alles bezahlt werden. Vielmals habe ich mit dem Gedanken gespielt arbeiten zu gehen, aber wie? In der Nacht? Dann bin ich am Tag zu müde für meine Kinder und das darf nicht sein. Kinder brauchen eine Mami und einen Papi auf die sie zählen können. Ich bin froh gehen wir diesen Weg, auch wenn es nicht immer einfach ist, wenn Ende Monat der gesamte Lohn für anstehende Rechnungen rausgeht. Sie, Frau Kaufmann, und ihr liebes Team zaubern uns jeden Monat ein Lächeln ins Gesicht. Dank Ihnen kommen wir durch den Monat. Gerne wollte ich Ihnen meine Gedanken aus Dankbarkeit für Ihre riesige Hilfe einmal schreiben.
Liebe Grüsse J.H.»



Danke auch für all die geschenkten Musikinstrumente, Velos, Roller, Trottinette, gestrickten Socken usw. die wir in den vergangenen Wochen an glückliche Familien weiter vermitteln durften!

Fortsetzung von Seite 2

liegen einzusetzen. Ärgerlich aber ist, wenn sie dies im Namen «der» Frauen tun – und damit all jene vereinnahmen, die ein völlig anderes Weltbild haben.

Es gibt viele Frauen, die gerne primär Familienmanagerin und Mutter sind. Ein freier Entscheid, den sie selber und eigenbestimmt treffen. Auf staatliche Gängelung sind sie dabei nicht angewiesen. Auch auf Gleichstellungsbüros verzichten sie gerne und sie sehen nicht ein, wieso sich der Staat zunehmend in ihr Privatleben einmischt. Sie wollen keine mehrmonatige bezahlte Elternzeit und auch keine Geschlechterquoten. Für sie wäre es schon eine Anerkennung, wenn für die Kinderbetreuung zuhause ein ähnlich hoher Steuerabzug gemacht werden könnte, wie für die Fremdbetreuung. Statt immer mehr Steuern zur Umverteilung, hätten sie lieber etwas mehr Geld in der Haushaltskasse.

Staat zwingt Mütter zur Doppelbelastung

Der Staat will derweil mit allerlei Massnahmen und Anreizen die volkswirtschaftliche Produktivität steigern. Ein naheliegendes Mittel ist dabei, die Mütter vermehrt in den ausserhäuslichen Erwerbsprozess zu zwingen. In vielen Familien mit Kindern teilen sich Vater (Berufsarbeit) und Mutter (Familienarbeit) die Verantwortlichkeiten bewusst auf. Diese Arbeitsteilung ist von den betreffenden Müttern und Vätern in der Regel frei gewählt – manchmal verbunden mit einem kleinen Erwerbssumme der Mutter.

Wenn sich der Staat einmischt und die Mütter ins Erwerbsleben nötigt, so kommt es jedoch vermehrt zur unzumutbaren Doppelbelastung. Dies zeigen auch die Zahlen: So arbeiten Mütter heute 2,7 Stunden pro Woche mehr in bezahlten Jobs, als noch 2010. Aber gleichzeitig hat sich auch ihr Pensum zuhause vergrössert, nämlich von 27,9 Stunden/Woche im Jahr 2010 auf 28,7 Stunden im Jahr 2020. Dies geht aus der neusten Arbeitskräfteerhebung des Bundesamtes für Statistik (BfS) hervor.

Schluss mit der ideologischen Bevormundung!

Insgesamt leisteten Frauen im Jahr 2020 durchschnittlich rund 10 Stunden mehr Haus- und Familienarbeit pro Woche als die Männer – nämlich 28,7 Stunden gegenüber 19,1 Stunden. Bei Paaren mit Kindern unter 15 Jahren leisten die Mütter gar 50% mehr Familienarbeit als die Väter. Die Väter setzten umgekehrt mit 25,3 Stunden pro Woche mehr Zeit im Beruf ein. Bei den Frauen waren es 15,8 Stunden. Wenn der Staat den Eltern

Gebetsanliegen des Monats:

Wir beten:

- **Für eine alleinerziehende Mutter, deren Mann im Gefängnis sitzt, und die an dieser Belastung mit ihren drei Kindern fast zerbricht: Dass sie innere Ruhe und Kraft findet.**
- **Für einen Vater von fünf Kindern und Kleinunternehmer, der über den Restriktionen und Einbussen der letzten Monate verzweifelte: Dass er nun in einer christlichen Klinik baldige Heilung erfährt.**
- **Für eine Bergbauernfamilie mit vier Kindern im Berner Oberland, die sich auf dem steilen Hof voll einsetzt: Dass bis zur Ankunft der Zwillinge im September alles gut geht.**
- **Für eine Zürcher Familie mit drei kleinen Kindern: Dass die Eltern trotz dem Umzug den Zusammenhalt behalten.**

ihren zeitlichen Einsatz vorschreiben will, so handelt es sich um eine unangebrachte Bevormundung.

Es wäre wertvoll, wenn die feministische Elite die Fakten einmal ganz einfach anerkennen könnte: Der Zwang zur Erwerbstätigkeit führt bei vielen Müttern – vor allem bei Müttern kinderreicher Familien – zur untragbaren Mehrfachbelastung. Es ist nicht länger akzeptabel, dass diese abgekämpften Mütter auf dem Altar feministischer Theorien geopfert werden.

Celsa Brunner

Kurzmeldungen

Marsch fürs Läbe: Stadtrat fügt sich

Der «Marsch fürs Läbe» darf am 18. September 2021 als Demonstration durch Zürich stattfinden. Wie der Stadtrat am 21. Juni mitteilte, will er den Streit um die Durchführung eines Umzugs nach dem Verdikt des Statthalters vom 25. Mai nicht ans Verwaltungsgericht weiterziehen.

Das Sicherheitsdepartement verweist nun auf den Ermessensspielraum bei der Festlegung der Route, die ihm der Statthalter zugestanden habe. Die vom «Marsch fürs Läbe» beantragte Route im Kreis 1 eigne sich aus polizeitaktischen Gründen nicht für die Durchführung einer Demonstration. Die Stadt will deshalb zwei Alternativen anbieten.

(sda/JUFA)

Höhere Abzüge für Kita

Nach dem Willen der linksliberalen Mehrheit im Nationalrat soll der Steuerabzug für die externe Kinderbetreuung massiv erhöht werden. Für Kinder unter 14 Jahren sollen von den effektiven

Kosten neu bis zu 25'000 Franken statt wie bisher 10'100 Franken abgezogen werden können. Ein entsprechender Antrag wurde vom Nationalrat am 14. Juni mit 145 zu 32 Stimmen gutgeheissen. Für Eltern, die ihre Kinder selber betreuen, sind derartige Abzüge weiterhin nicht vorgesehen.

(sda)

Bundesrat soll Individualbesteuerung abklären

Mit einem Postulat beauftragte der Ständerat am 2. Juni den Bundesrat, die Individualbesteuerung und die Gemeinschaftsbesteuerung mit Vollsplitting zu vergleichen. Bereits in der Herbstsession 2020 hatte das Parlament beschlossen, die Verabschiedung einer Botschaft zur Individualbesteuerung in die Legislaturplanung 2019–2023 aufzunehmen. Der Bundesrat soll nun in einem ersten Schritt eine Auslegeordnung der verschiedenen Modelle vornehmen und auch die Kantone anhören. Das Parlament will sich dann in der Herbstsession dazu äussern.

(sda)

Impressum:

Adressänderungen bitte an:
info@jugendundfamilie.ch oder
Telefon 077 478 60 82
Jahresabonnement: Fr. 20.–
Spendenkonto:
IBAN: CH02 0077 9014 0157 5230 1
Redaktion dieser Ausgabe:
Käthi Kaufmann, Bürglenstrasse 31,
3006 Bern, Tel. 031 351 90 76
kaufmanns@livenet.ch
Hilfsgesuche betreffend Familien in Not:
Mirjam von Alvensleben, Waldaustrasse 2,
9500 Wil, Telefon 061 554 91 25
Verlag:
Arbeitsgruppe «Jugend und Familie»
Postfach 4053, 8021 Zürich
www.jugendundfamilie.ch
Druckerei: Schmid-Fehr AG, 9403 Goldach